

## Stellungnahme zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Mannheim „Zuschüsse für Jugendzentrum in Selbstverwaltung e.V. Friedrich Dürr streichen“

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten ist der Fachverband für die Offene Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Wir vertreten insgesamt mehr als 1000 Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Das „Jugendzentrum in Selbstverwaltung e.V. Friedrich Dürr“ ist eines unserer Mitglieder. Wir begleiten und beraten unsere Mitglieder in fachlicher Hinsicht. Zentrale Bausteine der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind dabei Neben Offenheit und Freiwilligkeit eine politische Bildung, die auf konkrete Erfahrung von Teilhabe setzt und die Entwicklung von demokratischen Haltungen.

Mit einiger Betroffenheit haben wir vom Antrag der CDU-Stadtratsfraktion erfahren, bereits im Jahr 2018 dem Jugendzentrum alle Zuschüsse komplett zu streichen. Wir halten dies für einen in dieser Radikalität nicht zu rechtfertigenden Schritt.

Der Antrag stützt sich vor allem auf die Einschätzungen des Landes- wie Bundesamtes für Verfassungsschutz. Wir halten das nicht für ausreichend. Diese Einschätzungen haben nicht die Qualität polizeilicher Ermittlungsergebnisse oder richterlicher Urteile. Die Erkenntnisse des Landesamtes wie des Bundesamtes können allenfalls Hinweise sein, die in eine Entscheidung einbezogen werden. Die teils fragwürdigen Ergebnisse dieser Behörde aus den letzten Jahren sind bekannt. Daher müssen diese Einschätzungen einer genauen Prüfung unterzogen werden.

Im Falle des betroffenen Jugendzentrums vermischen wir insbesondere den Dialog mit den Fachkräften in der Einrichtung. Das Jugendzentrum handelt ja nicht konspirativ oder im Verborgenen, sondern ist jederzeit zugänglich und offen für ein Gespräch. Das ist aus unserer Sicht eine notwendige Ergänzung zu den Erkenntnissen des Landesamtes und den Recherchen aus dem Internet.

Ein Dialog ist auch für die vielen Jugendlichen, die das Jugendzentrum besuchen, ein wichtiges Zeichen. Die Wirkung, die die Streichung der Zuschüsse – und damit die Schließung des Jugendzentrums – auf diese Jugendlichen hat, ist frustrierend und missachtet das vielfältige, ehrenamtliche Engagement.

Nicht berücksichtigt wird in dem Antrag auch das breite Angebot des Jugendzentrums für Kinder und Jugendliche, das weit über die im Antrag aufgeführten Aktivitäten hinausgeht. Dass dabei möglicherweise auch fragwürdige Inhalte diskutiert werden, muss Anlass für ein Gespräch sein, nicht für eine Schließung. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein Ort für solche Diskussionen mit Kindern und Jugendlichen, die dort immer wieder auch sehr

unbequeme bis hin zu nicht akzeptablen Haltungen äußern. Das ist für die Offene Kinder- und Jugendarbeit eine Herausforderung, der sie sich seit Jahren stellt.

Es gibt nicht sehr viele Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg, in denen es die Möglichkeit gibt, mit politisch engagierten Jugendlichen ins Gespräch zu kommen, die sich als politisch links verstehen. Das Präventionsprogramm der Bundesregierung aus dem Jahr 2012 zum Thema Linksextremismus scheiterte unter anderem daran, dass die Zielgruppe nicht erreicht werden konnte. Das Jugendzentrum bietet in dieser Hinsicht besondere Chancen, die aus unserer Sicht dringend genutzt werden sollten.

Wir bitten daher die Stadtratsfraktionen des Mannheimer Stadtrates, den Antrag in dieser Form nicht zu beschließen.

Gerne bieten wir uns als Fachverband an, ein Gespräch zu vermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Bachhofer', written in a cursive style.

Martin Bachhofer  
Geschäftsführer